

SPD



**Wir machen unsere
Demokratie sozialer.**

**Programm der
Sozialdemokratischen Partei
zur Bürgerschaftswahl 1971
in Bremen.**

A 99 - 02072

Dieses Wahlprogramm der SPD-Landesorganisation
Bremen wurde am 27. März 1971 vom Landesparteitag
beschlossen.

Sozialdemokratische Politik will: Moderne Wohnungen. Gesicherte Arbeitsplätze. Gleiche Bildungschancen. Solidarische Hilfen.

Am 10. Oktober entscheiden die Bürger in Bremen und Bremerhaven über die Zukunft unseres Landes.

Diese Wahlentscheidung muß klare politische Prioritäten setzen. Die Zahl der öffentlichen Aufgaben wächst. Die Einnahmen wachsen nicht im gleichen Tempo mit. Das zwingt dazu, Schwerpunkte zu setzen und bestimmte Aufgaben mit Vorrang anzupacken.

Seit 1945 steht die Politik des Landes Bremen unter sozialdemokratischer Führung. Die SPD ist die Partei der gesellschaftlich aktiven und vorwärtsdrängenden Kräfte in unserem Lande.

Diese lebendige Partei will den von ihr schon immer praktizierten Prozeß demokratischer Willensbildung innerhalb der parlamentarischen Verantwortung verstärkt in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens tragen. Die politische Entscheidung ist bürgernah und durchschaubar zu gestalten. Information und verantwortliche Mitarbeit der Bürger stärken das demokratische Bewußtsein und schützen vor den Gefahren des Totalitarismus.

In der Tradition der weltoffenen und freien Hansestadt, mit langjähriger Erfahrung und Verantwortung in Regierung und Parlament, beweist die SPD des Landes Bremen in den Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen die Fähigkeit zum Wandel und die Kraft zur eigenen fortwährenden Erneuerung.

A 99 - 02072



Entschlußkraft und Beharrlichkeit

Moderne Wohnungen, gesicherte Arbeitsplätze, gleiche Bildungschancen und solidarische Hilfen sind Zeugen einer erfolgreichen Bremen-Politik.

Mit der gleichen Entschlußkraft und Beharrlichkeit, wie die Bürger unseres Landes unter Wilhelm Kaisen den beispiellosen Wiederaufbau Bremens und Bremerhavens begonnen haben, müssen nun mit Hans Koschnick auch die großen Aufgaben der Zukunft angepackt werden:

- klar in der Zielsetzung,
- realistisch in der Einschätzung des Möglichen,
- entschlossen in der Verwirklichung,
- solide in der Finanzierung.

Gestaltungswille

Der in Vergangenheit und Gegenwart sichtbar gewordene Gestaltungswille der Sozialdemokraten muß wirksam bleiben.

Nur so läßt sich die zukunftsorientierte Bremen-Politik für eine menschenwürdige Gesellschaft konsequent fortsetzen.

Demokratische Mitbestimmung und soziale Mitverantwortung in allen Bereichen unserer Gesellschaft werden die bewegende Kraft der siebziger Jahre sein. Deshalb muß unser Land sozialdemokratisch regiert werden.



Bremen muß selbständig bleiben

Die SPD des Landes Bremen tritt entschieden allen Neuordnungsplänen entgegen, die den Bestand unseres Landes gefährden oder die bundesunmittelbare Wahrnehmung der bremischen Aufgaben in Frage stellen.

Die Freie Hansestadt Bremen hat gemeinsam mit der Freien und Hansestadt Hamburg in Vergangenheit und Gegenwart zum allgemeinen Nutzen stets bundesweite Aufgaben wahrgenommen. Die Förderung des Außenhandels, das Bemühen um die Sicherung des Weltverkehrs, die Stützung der deutschen Schifffahrt, der Hochseefischerei und eines international konkurrenzfähigen Schiffbaus sowie die Erhaltung eines nichtmonopolisierten Hafenschlages waren und sind Leistungen für die gesamte deutsche Wirtschaft. Daher haben die Hansestädte Bremen und Hamburg seit Jahrhunderten ihre staatliche Selbständigkeit und ihre Entscheidungsfreiheit bewahrt.

Auch in Zukunft bleibt es für den Bund und für die Wirtschaft ein Gebot politischer und wirtschaftlicher Vernunft, die Selbständigkeit der Stadtstaaten im Rahmen unserer föderalistischen Ordnung zu erhalten.

Neue Zuständigkeiten für den Bund

Die SPD des Landes Bremen unterstützt die Absicht, dem Bund neue Zuständigkeiten zu übertragen.

Das Bundesland Bremen hat stets eigennützige Gesichtspunkte zurückgestellt, wenn es galt, dem Ganzen zu dienen. Die SPD des Landes Bremen wird auch zukünftig dafür eintreten, daß unser Land wie ein Organ des Bundes handelt.

Im Interesse der gesellschaftlichen Entwicklung muß der Bund die Möglichkeit haben, auf den Gebieten des Umweltschutzes, des Hochschulwesens und des öffentlichen Dienstrechts Regelungen zu treffen, die für alle verbindlich sind.

Wasserverschmutzung, Luftverpestung und Lärm-belästigung lassen sich nur durch bundeseinheitliche Maßnahmen, Auflagen und Gesetze wirksam bekämpfen.

Die bundeseinheitliche Regelung des Hochschulrechts und der Hochschulentwicklung wird genügend Raum für die Erprobung von Modellen lassen.

Schluß gemacht werden muß endlich mit den Unterschieden im öffentlichen Dienstrecht. Gleiche Leistungen erfordern gleiche Besoldung in Bund und Ländern.

Verstärkt werden muß die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder bei den Gemeinschaftsaufgaben.

Bei den Bemühungen um den Ausbau und die Erweiterung des Gemeinsamen Marktes in Europa muß der Bund die besonderen Probleme der norddeutschen Küstenländer beachten. Er muß mit gezielter Wirtschaftsförderung und konkreten Infrastrukturhilfen, insbesondere durch Verbesserung der Verkehrswege, die unter einer CDU-Bundesregierung vernachlässigten Gebiete stärker unterstützen. Nur dadurch kann die Binnenwanderung vom Norden zum Süden gestoppt werden. Nur so kann ein gesundes

Wirtschaftswachstum an der norddeutschen Küste garantiert werden.

Schließlich müssen durch eine gerechte Steuer-
verteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden
die finanziellen Möglichkeiten geschaffen werden, um
gleichmäßig in allen drei Bereichen die dringlichsten
Aufgaben erfüllen zu können.

Mehr Zusammenarbeit in Norddeutschland

**Die SPD des Landes Bremen unterstützt die enge
Zusammenarbeit der vier Küstenländer, um die
Attraktivität des norddeutschen Raumes insgesamt
zu stärken.**

Unser Land mit seinen beiden Gemeinden, der
alten Hafenstadt Bremen und der jungen Seestadt
Bremerhaven, ist auf gutnachbarschaftliche Be-
ziehungen zu den anderen drei Küstenländern
angewiesen. Bei der Förderung von Schifffahrt, Schiff-
bau, Hochseefischerei und Fischereiindustrie, beim
Küstenschutz und bei der Verbesserung der Verkehrs-
wege arbeiten die Länder Bremen, Hamburg, Nieder-
sachsen und Schleswig-Holstein schon erfolgreich
zusammen. Im besonderen Maße sind die Bedürfnisse
und Erfordernisse der Unterweser-Jade-Region zu
beachten. Die Wirtschaftskraft dieses Raumes ist
zu stärken. Die gemeinsamen Bemühungen Nieder-
sachsens und Bremens sind weiterhin zu unterstützen.
Gemeinsam geht es leichter.

Gleiche Lebensbedingungen im Lande Bremen

Die SPD des Landes Bremen setzt sich weiterhin für gleiche Lebensbedingungen der Bürger unseres Landes ein. Unabhängig davon, ob sie in Bremen oder in Bremerhaven wohnen.

Die neue Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern erfordert auch die Neuregelung des Finanzausgleichs zwischen dem Land Bremen und seinen beiden Gemeinden Bremen und Bremerhaven.

Dieser Finanzausgleich muß so erfolgen, daß es zu keiner Benachteiligung auch nur einer der drei Gebietskörperschaften kommt. Den zuständigen Parlamenten wird dadurch die Möglichkeit gegeben, in Selbstverantwortung die notwendigen Sachentscheidungen zu treffen. Die Gemeinden sollen weder Kostgänger des Landes noch Bittsteller beim Land werden. Kommunale Selbständigkeit setzt ein hohes Maß finanzieller Selbständigkeit voraus. Diese Selbständigkeit ist zu sichern.

Der Bürger im Mittelpunkt

Die SPD des Landes Bremen stellt den Bürger in den Mittelpunkt aller politischen Entscheidungen.

Dem einzelnen und der Familie dienen einkommensgerechte Wohnungen mit sozial zumutbarer Kostenverteilung, gesicherte und entwicklungsfähige Arbeitsplätze, der Bau und Ausbau von Bildungseinrichtungen, die Verbesserung der öffentlichen Gesundheitspflege, der Schutz des Wohn- und Freizeitwertes unserer beiden Städte vor Gefahren der Umweltverschmutzung sowie die Stärkung der öffentlichen Sicherheit und der Rechtspflege.

Den Wohnungsbau fortsetzen

Die SPD des Landes Bremen will in den nächsten vier Jahren den Bau von 12 000 Wohnungen fördern.

In Bremen und Bremerhaven sollen insgesamt 10 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau und 2000 im steuerbegünstigten Wohnungsbau errichtet werden.

Für diese Wohnungsbauförderung müssen in dieser Legislaturperiode 120 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden.

Arbeitsplätze sichern und die Wirtschaft fördern

Die SPD des Landes Bremen wird alle Bemühungen unterstützen, die darauf abzielen, die wirtschaftliche Kraft unseres Landes zu verbessern. Wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit stehen in einem engen Zusammenhang.

Das Land Bremen muß seine Mittel dort einsetzen, wo dies im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze notwendig ist. Vorhandene Schwächen der Wirtschaftsstruktur in unserem Lande sind entscheidend zu mindern. Einseitigkeit erhöht das Risiko für den Arbeitnehmer, Vielseitigkeit bedeutet gleichzeitig mehr Sicherheit.

Die Hafenanlagen sind den jeweiligen Erfordernissen der Seeschifffahrt und der Umschlagstechnik entsprechend weiter auszubauen, wobei auf eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den Hafengruppen in Bremen und in Bremerhaven zu achten ist. Die bremischen Häfen müssen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit einen international unbestreitbar hohen Rang behalten.

Der Flughafen muß – bis zur Errichtung eines niedersächsisch-bremischen Großflughafens – die auf ihn entfallenden Aufgaben seines Einzugsgebietes voll erfüllen können.

Ausreichendes Gelände für die Industrieansiedlung in unserem Raum muß angekauft und erschlos-

sen werden. Weitere Wachstumsindustrien sollen an der Weser ihren Platz finden. Ebenso müssen zukunftsorientierte Erweiterungen der bremischen Industrie durch zeitlich befristete Starthilfen gefördert werden können.

Der Sicherung einer zukunftsorientierten Wirtschaft dient auch die staatliche Förderung von Rationalisierungsbestrebungen und Kooperationsmöglichkeiten in Handel, Gewerbe und Industrie.

Im engen Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung steht die Verbesserung kommunaler Infrastruktur in unseren Städten. Dazu gehören eine spürbare Angebotssteigerung für Freizeit, Erholung und Sport, der Ausbau wirtschaftsbezogener Verkehrswege (Wasser, Schiene, Straße, Luft) und die allgemeine Stärkung der Region Unterweser-Jade.

Für die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur unseres Landes, für die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit unserer Häfen, für die Sicherung der Arbeitsplätze und für die damit zusammenhängenden Infrastrukturmaßnahmen müssen in der nächsten Legislaturperiode insgesamt rund 400 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln bereitgestellt werden.

Umweltschutz hat Vorrang

Die SPD des Landes Bremen fordert die Beachtung des Umweltschutzes bei allen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

Jede Wirtschaftspolitik hat sich der Sicherung einer lebenswerten menschlichen Existenz unterzuordnen.

Die für Maßnahmen des Umweltschutzes erforderlichen Mittel sind, soweit sie nicht der Veranlasser oder der Verursacher zu tragen hat, aus den Wirtschaftsförderungsmitteln zu leisten.

Langfristig sind die Probleme des Umweltschutzes nur im überregionalen, im europäischen oder gar im weltweiten Maßstab lösbar, soll nicht ein nicht wiedergutzumachender Schaden an der Menschheit entstehen.

Mehr Gesundheitsvorsorge

Die SPD des Landes Bremen unterstützt alle Maßnahmen der vorbeugenden Gesundheitspolitik.

Die staatliche Gesundheitsberatung muß erweitert werden. Die in der Vergangenheit von Bremen geförderten Vorsorgeuntersuchungen sind auszubauen.

Die Kosten für die Vorsorgeuntersuchungen sollen, soweit sie nicht von den Sozialversicherungsträgern getragen werden, aus öffentlichen Mitteln übernommen werden. Vorbeugen ist besser als heilen.

Ja zur Bremer Universität

Die SPD des Landes Bremen sieht in der Errichtung einer neuen, auf die Erfordernisse der Zukunft ausgerichteten Hochschule eine wichtige Aufgabe der Landespolitik.

Bei der Lösung dieser Aufgabe sind viele Risiken zu beachten. Das wissen wir. Aber wir wissen auch, daß die Ordinarien-Universität alten Stils nicht mehr entwicklungsfähig ist. Sie wird mit den gegenwärtigen Anforderungen an Forschung und Lehre nicht fertig. Überall dort, wo sie noch besteht, steckt sie tief in der Krise. Deswegen wird von allen einsichtigen Kräften der Gesellschaft eine Universitäts- und Hochschulreform bejaht. Deswegen unterstützt die SPD mit vollem Einsatz das „Bremer Modell“ der Gründung einer Reformuniversität.

Bis zum Jahre 1975 soll die Bremer Universität mit den bewährten bremischen Fachhochschulen zu einer Gesamthochschule verflochten werden. Diese Gesamthochschule wird, bei Sicherung der wissenschaftlichen Freiheit in Forschung und Lehre und bei weitgehender Durchlässigkeit, ein Höchstmaß von Effektivität sowohl für den einzelnen als auch für die Gesellschaft gewährleisten.

Auf dem Wege zu dieser Gesamthochschule sind nicht nur allein Universitätsbauten zu fördern, sondern ebenso die notwendigen Erweiterungsbauten unserer Fachhochschulen, hier vor allem der Hochschule für Technik und der Hochschule für Sozialpädagogik und Sozialökonomie.

Für die Hochschulentwicklung im Lande Bremen müssen in den nächsten vier Jahren rund 400 Millionen DM (davon 320 Millionen Mark für die Universität) bereitgestellt werden.

Mehr Sicherheit

Die SPD des Landes Bremen sorgt für die Sicherheit unserer Bürger und die Sicherung der Rechtsordnung.

Der Weg zu politischen und gesellschaftlichen Reformen in unserem Lande setzt die Sicherung und den Schutz der bestehenden und nur im Wege der Gesetzgebung veränderbaren Rechtsordnung voraus.

Gerade wer Reformen im staatlichen und gesellschaftlichen Bereich für erforderlich hält und sie bewirken will, muß dafür eintreten, daß die für die Rechtssicherheit verantwortlichen Gerichte, Behörden und Einrichtungen die notwendigen Mittel zur Bewältigung ihrer Aufgaben erhalten. Dazu gehört auch eine angemessene Personalausstattung.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik

Die SPD des Landes Bremen sichert die kommunale Selbstverwaltung der Städte Bremen und Bremerhaven.

Die Sozialdemokraten haben bewiesen, daß sie bereit sind, in voller Selbstverantwortung Lösungsmöglichkeiten vorzubereiten und durchzusetzen.

Die wichtigste Aufgabe für die Entwicklung unserer Städte ist die Realisierung der Bildungsreform, durch die endlich die Chancengleichheit für alle Kinder verwirklicht wird.

Außerdem stehen im Mittelpunkt sozialdemokratischer Kommunalpolitik

- die Sicherung urbaner Städte,
- die Pflege solidarischer Hilfe durch öffentliche gemeinnützige Einrichtungen sowie
- das Angebot öffentlicher, insbesondere sozialer Dienstleistungen.

Bildungsreform vorantreiben

Die Bremer SPD will die Bildungsreform fortentwickeln und deshalb der Erziehungs- und Bildungsförderung und dem Ausbau des Schulwesens Vorrang geben.

Durch die wegweisende schulreformerische Bewegung in Bremen hat das bremische Bildungswesen frühzeitig die Chancengleichheit aller Kinder gefördert. Im öffentlichen Schulwesen wurde aufgrund der Bremischen Landesverfassung von 1947 Schulgeldfreiheit und Lern- und Lehrmittelfreiheit eher als in den meisten anderen deutschen Ländern eingeführt. Die von Bremen ausgehenden reformerischen Ideen der frühen fünfziger Jahre waren von besonderer Bedeutung für die Entwicklung des deutschen Schulwesens. In unserem Lande wurden frühzeitig die heute allgemein anerkannten Formen des einheitlichen, aber differenzierbaren Schultyps, der Ausbau des Sonderschulwesens, die additive Gesamtschule in Bremerhaven, ein übergreifendes Berufsschulwesen und der zweite Bildungsweg durchgesetzt.

Die Vereinheitlichungstendenzen auf der Bundesebene, die Schulabsprachen der Länder waren notwendig, aber für die bildungspolitische Entwicklung in Bremen zum Teil hinderlich. Das bremische Schulwesen zeichnet sich durch einen international anerkannten Schulbau aus.

Wer in unserer demokratischen Gesellschaft die Chancengleichheit für alle erreichen will, muß einerseits eine optimale Leistungsförderung für jedes Kind ohne Rücksicht auf den Geldbeutel der Eltern verlangen und andererseits Bildungsstätten schaffen, in denen die Lerninhalte schneller und stärker den gewandelten Zeitverhältnissen angepaßt werden. Das bedeutet auch eine Verstärkung der politischen Bildung mit einbezogener Unterweisung in Rechts-, Wirtschafts- und Sozialkunde. Deshalb müssen im

bremischen Erziehungs- und Bildungswesen nicht nur weitere steigende Investitionen für den Schulbau vorgesehen, sondern gleichzeitig auch Veränderungen der inneren Struktur der Bildungseinrichtungen angestrebt werden.

Chancengleichheit bedeutet, jedem ein Höchstmaß an Selbstentfaltung und Selbstbestimmung zu ermöglichen. Hierfür müssen bestehende soziale Barrieren beseitigt werden.

Vorschulische Erziehung

Die Bremer SPD wird dafür sorgen, daß neben dem Ausbau der Grundschulen auch die Zahl der Kindergartenplätze wesentlich verstärkt und durch experimentelle Erprobung die angemessene Form einer neuen vorschulischen Erziehung gefunden wird.

Begabung und Lernen hängen wesentlich von der sozialen Umwelt und den komplexen Wechselbeziehungen zwischen dem Betätigungsfeld eines Kindes und den Anforderungen und Angeboten seiner Umwelt ab. Die immer noch vorhandenen erheblichen sozialen Benachteiligungen müssen im allgemein-pädagogischen und sozialpädagogischen Bereich abgebaut werden. Benachteiligungen im frühkindlichen Alter führen zu dauernden Einschränkungen der Bildungschancen.

In den nächsten vier Jahren sind 20 Kindergärten mit einem Kostenaufwand von rund 20 Millionen DM neu zu bauen. Gleichzeitig ist der Ausbau der gemeinnützigen Kindergärten durch öffentliche Zuschüsse zu fördern.

Integrierte Gesamtschule

Das bildungspolitische Ziel der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist die integrierte Gesamtschule.

Das gesamte Erziehungs- und Bildungssystem muß fortentwickelt und zum Teil umgewandelt werden. Dieser Entwicklungsprozeß sollte sich an den Prinzipien orientieren, die im Strukturplan des Deutschen Bildungsrates aufgestellt worden sind.

Die Gesamtschule muß die Regelschule der Zukunft sein. Dieses Ziel wird im Rahmen des Möglichen angestrebt. Dabei müssen in Bremen das Konzentrationsprogramm der Schulen konsequent fortgesetzt und Gesamtschulversuche intensiv fortgeführt werden.

Einzelgründungen von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien werden unterbleiben, sofern dadurch die Entwicklung in Richtung Gesamtschule behindert wird.

Diese Forderungen für die sogenannten allgemeinbildenden Schulen bedingen aber gleichzeitig, daß die Überlegungen zur Umgestaltung des berufsbildenden Schulwesens mit dem Schwerpunkt „Bildung statt Ausbildung“ vorangetragen werden. Gerade im beruflichen Bildungswesen gilt es, endlich aus dem Stadium des noch Unvollkommenen herauszukommen und durch optimale Leistungsförderung die Chancengleichheit für alle in Angriff zu nehmen. Über den Zweiten Bildungsweg ist eine verstärkte Durchlässigkeit bis zu den Fachhochschulen anzustreben.

Allein in der Stadt Bremen müssen in den nächsten vier Jahren für Investitionen im Bildungsbereich – unabhängig von den Hochschulinvestitionen! – mindestens 380 Millionen Mark bereitgestellt werden; dafür können rund 1500 Klassen-, Fach- und Nebenräume sowie 40 Turnhallen gebaut werden.

Stadterneuerung

Die Bremer SPD will die Erneuerung von Stadtteilen vorantreiben.

Stadtentwicklung heute ist mehr als nur die Verabschiedung von Flächennutzungsplänen oder Bebauungsplänen. Stadtentwicklung ist mehr als nur die manchmal recht zufällige örtliche Zuordnung öffentlicher Investitionen, Stadtentwicklung ist der Versuch, die Planungen für das Gemeinwesen und den Einsatz öffentlicher Mittel für Investitionen so zu koordinieren, daß ein Optimum an Gemeinnutzen bewirkt wird. Hier fällt die Versorgung der Bevölkerung genauso ins Gewicht wie die Entsorgung durch die notwendigen Einrichtungen (Müllabfuhr und Kanalisation). Kindergärten, Schulen, Anlagen für Spiel, Sport und Freizeit, soziale Begegnungsstätten, aber auch Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime sind sinnvoll einander zuzuordnen. Deshalb sollte die Stadtentwicklung als eine gemeinsame Aufgabe aller verstanden werden.

Aus diesem Grunde haben sich Sozialdemokraten mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß die notwendig werdende Modernisierung, Erneuerung oder auch Sanierung von Stadtteilen in engem Zusammenwirken mit den von diesen Maßnahmen betroffenen Bürgern und mit den interessierten Vereinigungen erfolgt. Die Bremer SPD wird auch in der Zukunft an diesem Prinzip gemeinsamer Überlegung festhalten.

Sie wird insbesondere den sozialen Wohnungsbau in den alten Stadtteilen verstärken.

Stadtentwicklung

Die Bremer SPD setzt sich dafür ein, daß die Modernisierung unserer Stadt im engen Zusammenwirken mit den Bürgern erfolgt.

Die Stadt muß planerisch behutsam weiterentwickelt werden. Die besondere Atmosphäre Bremens, seine Wohnlichkeit und Weltoffenheit, muß im Bewußtsein aller Bürger erhalten werden. In dieser urbanen Stadt kann eine auf den Bürger und seine Bedürfnisse abgestellte Stadtplanung nicht vom grünen Tisch Entscheidungen treffen. Die Planer müssen im offenen Gespräch mit der Bevölkerung die notwendigen Entscheidungen vorbereiten. Der Bürger muß sich mit seiner Stadt und der Stadtplanung identifizieren können. Die Bremer SPD wird deshalb Gespräche dieser Art fördern und unterstützen. Diesem Bemühen dient auch die Stärkung der Ortsamtsbeiräte und die Schaffung von Stadtteilbeiräten für den übrigen Stadtbereich. Aber auch die vielen Organisationen, Vereine und Arbeitsgemeinschaften sind eingeladen, an der Stadtentwicklung aktiv teilzunehmen. Diese Verstärkung der Mitwirkungsrechte des Bürgers dient der Vorbereitung der Entscheidungen, die Parlament und Regierung treffen.

Gleichzeitig bauen

Die Bremer SPD tritt dafür ein, daß die mit dem Neubau von Wohnungen notwendig werdenden kommunalen Einrichtungen gleichzeitig mitgebaut werden.

Die im Zusammenhang mit dem vom Land geförderten Wohnungsbau erforderlichen Erschließungsmaßnahmen und kommunalen Folgeeinrichtungen (Kindergärten, Schulen, Spiel- und Sportplätze, öffentliches Grün und soziale Begegnungsstätten) sollen künftig möglichst unmittelbar mit dem Wohnungsbau zusammen errichtet werden.

Gerade dort, wo größere neue Wohnviertel gebaut werden, fehlt es in der Regel an gewachsener Nachbarschaft. Die kommunalen Einrichtungen sind deshalb am ehesten geeignet, neue Nachbarschaft entstehen und den Menschen heimisch werden zu lassen. Die Bremer SPD wird neue Formen von Begegnungsstätten fördern.

Für diese Aufgaben muß die Stadt Bremen bis 1975 Mittel in Höhe von 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen.

Ausbau der Kanalisation

Die Bremer SPD wird dafür sorgen, daß das Kanalisationsnetz ausgebaut und saniert wird.

Eine wachsende Stadt hat vielfältige Bedürfnisse. Es gilt, die allgemeine Versorgung mit Strom, Gas und Wasser genauso sicherzustellen, wie die angemessene Entsorgung durch Müllabfuhr, Müllbeseitigung und städtisches Kanalnetz.

Konnte in der letzten Legislaturperiode mit der Errichtung der Müllverbrennungsanlage ein entscheidender Schritt in die Zukunft getan werden, so gilt es in den kommenden vier Jahren, den weiteren Ausbau der bremischen Kanalisation sicherzustellen, bisher nicht erfaßte Altbaugelände und kommende Wohngebiete anzuschließen und die notwendige Sanierung des Kanalnetzes voranzutreiben. Diese für den Bürger häufig nicht sichtbaren Investitionen sind gleichwohl lebenswichtig für eine moderne Großstadt.

Für diese Aufgaben muß aus den für die Stadtentwicklung zur Verfügung zu stellenden Investitionsmittel ein angemessener Anteil bereitgestellt werden.

Öffentlicher Nahverkehr

Die Bremer SPD wird die innerstädtischen Verkehrsinvestitionen mit Vorrang für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs einsetzen.

Die Überlegungen der Verkehrswissenschaftler, das städtische Leben durch Forcierung des öffentlichen Nahverkehrs unter bewußter Benachteiligung des Individualverkehrs zu fördern, und die weitergehenden Forderungen, diese Zielsetzung durch kostenfreies Fahren auf den öffentlichen Verkehrsmitteln nachhaltig zu begünstigen, lassen sich sowohl aus den Gründen der kommunalen Finanzenge als auch aus allgemein verkehrlichen und städtebaulichen Gründen nicht verwirklichen.

Richtig ist jedoch, daß es darauf ankommt, dem öffentlichen Nahverkehrsmittel (Straßenbahn, U-Bahn, Omnibus, aber auch Eisenbahn und evtl. Taxi) eine eindeutige Vorrangstellung bei dem Ausbau des innerstädtischen Verkehrssystems einzuräumen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Verkehrstarife verkehrspolitisch günstig und sozialpolitisch gerecht sind. Das in Bremen in den letzten drei Jahren entwickelte Prinzip der Abgeltung betriebsfremder Lasten durch die Stadt hat Anerkennung in der Bundesrepublik gefunden und sollte auch künftig beachtet werden.

Da der im innerstädtischen Bereich angebotene Parkraum nicht ausreicht, sind am Rande der Innenstadt größere Parkmöglichkeiten zu schaffen und durch ein Park-and-Ride-System das öffentliche Nahverkehrsmittel attraktiver zu gestalten.

Menschenwürdige Gesellschaft

Die SPD des Landes Bremen macht praktische Politik, die sich an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, den Grundwerten des demokratischen Sozialismus orientiert. Das moderne Bremen soll eine Stadt sozialer Verpflichtung bleiben.

Die solidarische Hilfe durch die Gemeinschaft muß gefördert und aktiviert werden. Die moderne Stadt verlangt nicht nur überzeugende Baukonzeptionen, sondern zugleich Kenntnisse von den Beziehungen und Erfordernissen einer menschenwürdigen Gesellschaft. Menschenwürdig bedeutet, daß Planung nicht technokratisch gesehen werden darf, sondern ihren Maßstab an den Bedürfnissen der Menschen findet. Aus diesem Grunde wird der sozialen und kulturellen Infrastruktur eines Gemeinwesens heute eine größere Beachtung geschenkt als es noch vor Jahrzehnten üblich war.

Die Lebens- und Daseinsbewältigung wird für den Bürger heute immer schwieriger. Ob ein Kind lernfähig wird, ob ein Jugendlicher zur persönlichen Mündigkeit heranreift, ob Frauen und Männer ihren Platz in der Gesellschaft, im Beruf und in der Familie finden, wird entscheidend mitbestimmt durch die gesellschaftlichen Erfahrungen, Einflüsse und Bedingungen.

Personale Hilfen für die soziale Befähigung stehen gleichrangig neben dem Bau von Sozial- einrichtungen.

Kinderspielplätze, Kindergärten, Jugend- und Sozialzentren, Spiel- und Sportanlagen, Büchereien, Theater und Museen, Krankenhäuser, Alten- wohnungen, Altentagesstätten, Altenpflegeheime sind keine kostspieligen Geschenke der Gemeinschaft an eine Minderheit von Bürgern, sondern Voraus- setzung für eine menschenwürdige Existenz.

Der Wert einer freiheitlichen Gesellschaft wird vom Verhalten der Gemeinschaft gegenüber denen

bestimmt, die auf die Hilfe der Gemeinschaft angewiesen sind. Deshalb darf bei dem Katalog der positiv in die Gesellschaft hineinwirkenden Einrichtungen und Institutionen nicht verkannt werden, daß es auch Aufgaben der Gemeinschaft gibt, denen viele Bürger häufig noch mit Vorurteilen begegnen. Die Rehabilitation von langjährig Kranken – wobei die Art der Erkrankung unerheblich sein sollte – und die Resozialisierung derer, die mit der Gesellschaft in Widerspruch oder in Konflikt geraten sind, setzen heute andere Maßstäbe der Bewußtseinswerdung voraus. Das, was hier wie in den Bereichen der allgemeinen Infrastruktur versäumt wird, muß die Gesamtentwicklung der Gesellschaft zwangsläufig negativ beeinflussen.

Leistungsfähige Krankenhäuser

Die Bremer SPD wird den weiteren Ausbau leistungsfähiger Krankenhäuser planmäßig vorantreiben.

Dabei muß gerade bei Neubauten darauf geachtet werden, daß die Unterbringung von Patienten in ärztlicher, pflegerischer und soziologischer Hinsicht ausschließlich den jeweiligen Erfordernissen entspricht und nicht abhängig gemacht wird von dem Einkommen der Erkrankten.

Unterschiede in der Unterbringung und Versorgung sollen allein durch medizinische, insbesondere therapeutische Erfordernisse begründet werden. Medizinisch nicht begründete Mehrforderungen des Patienten sind außerhalb der Krankenhauspflegekosten abzugelten.

Die Bremer SPD dringt auf die Fortsetzung des inneren Strukturwandels unserer Krankenhäuser. Sie wünscht eine größere Eigenverantwortung für alle im Krankenhaus Tätigen. Sie unterstützt Bestrebungen,

**Freizeit
und
Erholung**

die darauf abzielen, im Gesundheitswesen bestehende sachlich nicht gerechtfertigte Einkommensunterschiede innerhalb einzelner Berufsgruppen abzubauen.

Die Bremer SPD wird den Ausbau weiterer Freizeit- und Erholungsstätten fördern.

Für die Entwicklung des Menschen ist die sinnvolle Nutzung der Freizeit eine wesentliche Voraussetzung. Aus diesem Grunde wird die SPD die Bemühungen um ein vermehrtes Angebot von Freizeitstätten nachhaltig unterstützen.

Neben den Sportstätten sind weitere Freizeiteinrichtungen zu schaffen, die dem Bürger die Möglichkeit eines notwendigen Ausgleichs bieten.

Der Bestand von Erholungsgebieten in und um Bremen muß erhalten und ausgebaut werden. Dem dient auch die Unterstützung der gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen.

Für die kulturelle Freizeitgestaltung werden auch künftig die städtischen Einrichtungen, wie Theater, Museen und Büchereien die notwendige Förderung erfahren.

Für die Erfordernisse der allgemeinen Stadtentwicklung, nicht zuletzt für öffentliche Verkehrsbauten, für die Fortführung und Weiterentwicklung des Jugend- und Sozialwesens, für Sport und Freizeit, für öffentliche oder gemeinnützige Grünanlagen und für das Gesundheitswesen müssen in der Stadt Bremen in den nächsten vier Jahren rund 600 Millionen Mark bereitgestellt werden.



Solidarische Mitarbeit

Die Bremer SPD weiß, daß Millioneninvestitionen unter Umständen nichts oder nur wenig bewirken, wenn nicht gleichzeitig Menschen bereit sind, sich den Aufgaben solidarischer Hilfe zu widmen.

Das gilt für die kommunalen Einrichtungen, für die Stätten kulturellen und sozialen Lebens und für den gesamten Bereich der öffentlichen Dienstleistungen. Geld bewirkt vieles, aber längst nicht alles.

Bremen verdankt den im öffentlichen Dienst und in gemeinnützigen Organisationen und Einrichtungen Tätigen viel. Wenn es aber nicht gelingt, in einem größeren Umfange als bisher für die kulturellen und sozialen Berufe sowie für diejenigen Berufe, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung dienen, ausreichenden und qualifizierten Nachwuchs zu erhalten, dann werden viele Bemühungen der Gemeinschaft unvollkommen bleiben.

Deshalb wird die Bremer SPD die Notwendigkeit dieser Berufe für die Entwicklung einer menschenwürdigen Gesellschaft sichtbar machen und entsprechende zeitgerechte Ausbildungsstätten und Ausbildungsmöglichkeiten verstärkt ausbauen.



Gesicherte Finanzen

Die Bremer SPD stellt in diesem Programm keine Forderungen, die haushaltsmäßig nicht gedeckt werden können.

Für die Selbständigkeit Bremens, die Unabhängigkeit in der Entscheidung und die Selbstverantwortung in der Lösung der Probleme sind gesicherte Finanzen unabdingbar. Die Bremer SPD setzt deshalb den öffentlichen Investitionen für das Land und die Stadtgemeinde Bremen einen Rahmen in Höhe von 2,1 Milliarden Mark in den nächsten vier Jahren.

Zu diesen Investitionen erwarten die Sozialdemokraten eine Beteiligung des Bundes und der anderen Bundesländer in Höhe von rund 500 Millionen Mark, so daß ein Betrag von 1,6 Milliarden Mark aus bremischen Mitteln aufzubringen ist. Dieser Betrag kann durch die erwarteten Steuermehrbeträge und durch eine höhere, aber verantwortbare Verschuldung des Landes und der Stadtgemeinde Bremen aufgebracht werden.

Die SPD des Landes Bremen geht dabei von den durch den Finanzplan des Landes Bremen aufgezeigten Möglichkeiten aus. Dieser Finanzplan ist aufgestellt worden nach den Eckdaten des Finanzplanungsrates des Bundes. Insoweit bewegen sich die Forderungen der SPD des Landes Bremen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes.

Im Rahmen der gesamten Investitionsmittel für die Legislaturperiode 1971/75 bleibt eine Reserve von rund 130 Millionen Mark für unvorhergesehene Maßnahmen.

Wer, wie die Sozialdemokraten, den Boden einer gesicherten Haushalts- und Finanzpolitik nicht verlassen will, der wird bereit sein müssen, mit dem Mut auch zu unpopulären Entscheidungen vor die Bevölkerung unseres Landes hinzutreten und

die Grenzen des Erreichbaren aufzuzeigen. Bremen ist fünfundzwanzig Jahre mit dieser Haltung gut gefahren. Wir wollen dabei bleiben.

Die SPD des Landes Bremen zeigt Lösungsmöglichkeiten für die dringendsten Aufgaben bei realistischer Einschätzung der finanziellen Basis auf.

Die Ansprüche des einzelnen an Staat und Gesellschaft sind größer als die finanziellen Möglichkeiten zur Realisierung. Darum gebietet es die Wahrhaftigkeit, deutlich aufzuzeigen, daß diese Lücke zwischen Anspruch und Erfüllung nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Mit diesem Wahlprogramm tritt die SPD des Landes Bremen vor die Bevölkerung und bittet um ihr Vertrauen.

Die Kandidaten der Sozialdemokratischen Partei garantieren Kontinuität und Fortschritt.

Bremen bleibt in guten Händen!

Herausgeber: SPD-Landesorganisation Bremen
Verantwortlich: Arno Koch
Gestaltung: ARE, Düsseldorf
Herstellung: Druckhaus Schmaifeldt, Bremen

Bibliothek der FES



1136375

SPD



**Bremen bleibt
in guten Händen!**